

PRESSEMITTEILUNG

Finanzmittel für Altlasten aus Steinkohlenbergbau fehlen

7. Bergbaukonferenz fordert verlässliche Finanzierungsgrundlage

Oelsnitz. Am 2. Juni 2010 treffen sich Fachleute, Politiker und Regionalvertreter zur 7. Bergbaukonferenz im Bergbaumuseum in Oelsnitz/Erzgebirge. Schwerpunkt der Konferenz ist es, die Ergebnisse der letzten zwei Jahre auszuwerten. 2008 diskutierten über 100 Fachleute auf der 6. Bergbaukonferenz in Zwickau über die interkommunale Zusammenarbeit in den ehemaligen Steinkohlenbergbaugebieten von Lugau-Oelsnitz/E. bis Zwickau. Ganz oben auf der Agenda der 7. Bergbaukonferenz steht die Forderung der betroffenen Kommunen nach einer verlässlichen Finanzierungsgrundlage – einem »Sonderförderinstrument« in überschaubarer Größe. Die Finanzierung von Umsetzungsmaßnahmen von Steinkohlenbergbaulandschaften endet immer wieder in einer Sackgasse. Der Grund. Der Umgang mit den Problemen und Folgen des ehemaligen Steinkohlenbergbaus in Sachsen wurde im Einigungsvertrag nicht geregelt. Deshalb stehen auch keine vergleichbaren Finanzierungsinstrumente wie beispielsweise bei der Wismut AG oder der Braunkohlensanierung zur Verfügung. Erschwerend kommt die fehlende Rechtsträgerschaft für »Steinkohlenhinterlassenschaften« hinzu. Die sind oft in kommunalem oder privatem Eigentum.

Deshalb geht es auf der Konferenz um die Übernahme der steinkohlenbergbaubedingten »Ewigkeitskosten«. Nur in der direkten Gefahrenabwehr steht der Freistaat Sachsen den Kommunen mit Fördermitteln zur Seite. Das reicht allerdings nicht aus, um die Altlastenproblematik langfristig zu lösen. Obwohl geeignete Förderrichtlinien zur Verfügung ständen, findet die spezielle Steinkohlenproblematik dort keine Beachtung und ist immer wieder ein Grund, Finanzmittel abzulehnen. Die Konferenzteilnehmer bestehen darauf, dass in den Programmen der Städtebauförderung, der Infrastrukturentwicklung, der Brachensanierung und Altlastenbeseitigung endlich die Steinkohlenproblematik als Investitionsbedarf festgeschrieben wird.

Bereits im Jahre 2005 zur 5. Bergbaukonferenz in Zwickau vereinbarten die vom Steinkohlenbergbau betroffenen Kommunen in der Region Zwickau – Lugau – Oelsnitz/E. in einer gemeinsamen Erklärung, die interkommunale Zusammenarbeit im Interesse einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung und zur Bewältigung der Bergbaufolgen zu intensivieren. Finanzielle Unterstützung gab es teilweise vom SMI. Die beteiligten Kommunen folgten den Festlegungen des sächsischen Landesentwicklungsplanes von 2003 und der unter der Federführung der Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau im Jahr 2006 erstellten ganzheitlich integrierten Entwicklungsstrategie für den Teilraum Zwickau – Lugau – Oelsnitz/Erzgebirge – bekannt als »FLOEZ«-Projekt. Grundlage dafür bildeten das REK der Wirtschaftsregion, die Ergebnisse der EU in den Projekten REVI und READY sowie die gemeinsamen Festlegungen der Kommunen der Region mit dem SMWA und dem SMI im Jahre 2003 zu notwendigen Maßnahmen für die Bewältigung der Bergbaufolgen. Die Handlungsschwerpunkte sind im Arbeitsprogramm 2008 zum Umsetzungsmanagement FLOEZ festgesetzt.

Schon nach der 6. Bergbaukonferenz im Mai 2008 mahnten die Konferenzteilnehmer die Unterstützung des Freistaates an. Seitdem wurden die städtebaulichen Projekte präzisiert, neue Möglichkeiten erkundet und Forschungs- und Studienergebnisse

vorgelegt. Es zeichnen sich auch bei einzelnen Projekten umsetzungsfähige Ergebnisse ab – letztendlich konnte aber seit 2008 nur ein kleiner Schritt auf dem langen Weg der Bewältigung von Bergbaufolgen zurückgelegt werden. Eine Forderung der Konferenz wird es sein, Bergbaufolgeschäden aus dem Steinkohlenabbau endlich in die Förderrichtlinie für Stadterneuerung und -entwicklung aufzunehmen, um auch Investitionsmittel für Projektumsetzungen zu bekommen. Ein noch immer offenes, aber bekanntes Problem, ist z. B. die Sanierung der Abwassersysteme innerhalb der »50-cm-Senkungslinie«. Die Haldenwässer schädigen die bestehenden Abwassersysteme.

Das Forschungsprojekt »Gefährdungspotenzial von Steinkohlenhalden« in Zwickau und Oelsnitz/Erzgebirge ist beispielhaft für die Lage der Akteure. Das Projekt konnte Ende 2008 abgeschlossen werden. Antje Sohr vom sächsischen Landesamt für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie wird heute in ihrem Konferenzbeitrag Handlungsempfehlungen geben, die aus dem Ergebnisbericht des Forschungsthemas resultieren. Leider gibt es keine weiteren Informationen, wie mit den Ergebnissen umgegangen werden soll und welche Maßnahmen einzuleiten sind.

Die Problematik zeigt sich auch bei den Maßnahmen in Zwickau-Schedewitz zur »Klärung der Wirkmechanismen der Grundwasserdepression« über eine pilothafte Erstellung von Voruntersuchungen und Gutachten. Die Untersuchungsergebnisse sollen bergbaubedingte Ursachen feststellen, damit der Freistaat eine Handlungsgrundlage für die Kostenzuordnung hat. Leider sind die Finanzbescheide immer nur eine Einzelfallentscheidung. Jeder Fall benötigt wieder einen sehr langen Bewilligungszeitraum und verursacht erneut Kosten für Voruntersuchungen und Studien. Mit dieser Verfahrensweise kann das komplexe Problem der Steinkohlenbergbaunachfolgelandschaften nicht gelöst werden.

Beispiel: Spundwand für Zwickau-Schedewitz

Durch den Grubenwasseranstieg nach dem Ende des Steinkohlenbergbaus liegt die Geländeoberfläche in der Schedewitzer Senke unter dem Höhenniveau des Grundwasserspiegels und des Spiegels der Zwickauer Mulde. Damit würde sich ohne entsprechende Maßnahmen in Schedewitz eine freie Wasserfläche bilden. Gleiches trifft auch auf die Zwickauer Stadtgebiete Bockwaer Senke und Teile der Innenstadt zu. Momentan werden pro Jahr 900.000 Kubikmeter Wasser ungewollt über das teilweise beschädigte Abwasserkanalnetz der Wasserwerke Zwickau GmbH »entsorgt«. Ziel ist es, mittels einer Spundwand die Grundwassermenge so weit wie möglich zu reduzieren. Durch Voruntersuchungen und eine detaillierte Prüfung der technischen Lösungsmöglichkeiten wurde eine Stahlspundwand als Vorzugsvariante herausgearbeitet.

Die Stahlspundwand am Muldedamm soll den Bereich der Schedewitzer Senke abriegeln und die Grundwassermenge auf zehn Prozent reduzieren. Das Projekt bringt der Stadt Zwickau im Gebiet Schedewitz dauerhaft stabile Grundwasserverhältnisse und Schutz vor Hochwasser – somit auch Planungssicherheit für Bauvorhaben. Damit wird auch eine effiziente und nachhaltige Sanierung der Abwasserkanalisation möglich.

Im Juni 2010 beginnen die Projektpartner Sächsisches Oberbergamt und Wasserwerke Zwickau mit dem Bau der Stahlspundwand, die aber nur ein erster Schritt im Projekt »Sanierung der Siedlungsentwässerung und Grundwasserhaltung Zwickau-Schedewitz« ist. An die Bauphase schließt sich ein Monitoring an, das die Wirksamkeit der Spundwand bewerten soll. Erst danach wird über weitere Maßnahmen entschieden.

Sperrfrist, 1. Juni 2010, 15 Uhr

Stand 1. Juni 2010